

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 66 846 pbbn d

Inhalt

Holger Börner, Hessischer Ministerpräsident, warnt vor der Änderung des AFG: Es geht um die Stabilität unseres Staates. Seite 1

Klaus Sommerkorn MdL fordert ein rechtskonservatives Blatt nicht länger an bayerischen Schulen zu dulden: „Epoche“ aus Unterricht verbannen. Seite 2

Rudi Walter MdB, Mitglied des Postverwaltungsrates und Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, regt an, die öffentlichen Abgaben der Post zu überprüfen: Nicht stärker belasten als andere Wettbewerber. Seite 4

Dokumentation
Der ehemalige Bundesarbeitsminister Hans Katzer hielt den Festvortrag bei der Auszeichnung von Herbert Wehner mit dem Hans-Böckler-Preis 1985 am Mittwoch in Dortmund. Wir dokumentieren Auszüge aus seiner Rede. Seite 5

40. Jahrgang / 237

12. Dezember 1985

Glatte Verhöhnung der Arbeitnehmer-Rechte

Die Änderung des AFG würde zu englischen Problemen führen

Von Holger Börner
Hessischer Ministerpräsident

Ich habe im Hessischen Landtag mit der FDP eine harte Auseinandersetzung gehabt um die Gültigkeit des Aussperrungsparagraphen der hessischen Verfassung.

Das, was von dieser Seite in der Frage der Auseinandersetzung zum Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes praktiziert wird, ist die glatte Verhöhnung der Rechte der Arbeitnehmer in dieser Gesellschaft.

Deshalb kann ich nur hoffen, daß die CDU dieser Erpressung widersteht, nicht deshalb, weil die Gewerkschaften hier einen tagespolitischen Vorteil brauchten. Darum geht es nicht. Es geht um ein Stück Stabilität unseres Staates.

Denn, wenn wir englische Gewerkschaftsprobleme in unserem Land bekommen, dann ist nicht nur der soziale Frieden, sondern dann ist auch ein Stück der Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland dahin.
(-/12.12.1985/rs/ks)

+ + +

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Herstellung: Druck
aus recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



„Epoche“ aus Unterricht verbannen

Das bayerische Kultusministerium darf das rechtskonservative Blatt nicht an Schulen dulden

Von Klaus Sommerkorn MdL

Den Schülermitverwaltungen in den bayerischen Gymnasien und Realschulen gehen regelmäßig Exemplare der Broschüre „Epoche“ über die Schulleitungen zur Information und Weitergabe zu. Die Verfasser der Beiträge stammen nach meiner Kenntnis ausnahmslos aus dem konservativen Meinungsspektrum. In der Verteilung dieser „völlig einseitigen Publikation“ ist ein Verstoß gegen den Paragraphen 125 Gymnasiale Schulordnung, nach dem Druckschriften in der Schulanlage nur dann verteilt werden dürfen, wenn sie für Erziehung und Unterricht förderlich sind und keine politische Werbung enthalten.

In einem Brief habe ich den bayerischen Kultusminister daher aufgefordert, die Verteilung der Broschüre zu unterbinden. Ich habe dabei auf einige Beiträge verwiesen, die nach meiner Meinung nicht geeignet sind, die Schüler zu verantwortlichem Gebrauch der Freiheit, zu Toleranz, friedlicher Gesinnung und Achtung zu anderen Menschen zu erziehen, wie es das EUG formuliert. So wird gegen das Engagement der Kirchen in Südafrika polemisiert und die Ideologie der Apartheid gerechtfertigt. Schließlich wird der Sozialstaat verteufelt. Die soziale Marktwirtschaft wird ausschließlich aus der Sicht der Arbeitgeber dargestellt. Einige Beiträge sind ausgesprochen gewerkschaftsfeindlich.

Vor diesem Hintergrund habe ich keinerlei Verständnis für die Auffassung des bayerischen Kultusministers, wie sie in der Novemberausgabe der „Epoche“ zitiert wird. Professor Hans Maier bescheinigt der „Epoche“, sich zu „einem bedeutenden Sprachrohr des modernen freiheitlichen Konservatismus entwickelt“ zu haben. Wörtlich: „Ihre Zielsetzung, vor allem in der jungen Generation die Idee der freiheitlichen Gesellschaftsordnung, der repräsentativen Demokratie, des sozialen Rechtsstaates sowie der Sozialen Marktwirtschaft publizistisch zu verbreiten, erhält gerade in einer Zeit fundamentaler Grundwertdebatten besonderes Gewicht.“

Der Kultusminister kann diese Wertung wohl kaum aufrechterhalten, wenn er die folgenden Zitate liest. Dr. Hans Limmer, Leiter eines Unternehmer-Verbandes in Bonn, kritisiert die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und vorgezogene Altersrenten. Er schreibt: „Eine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes wird es allerdings erst dann geben können, wenn die Löhne und Lohnnebenkosten flexibel der regional und sektoral unterschiedlichen Leistungs- und Ertragskraft der Unternehmen angepaßt werden können. Dem steht die politische Privilegierung organisierter Interessen, genannt ‚Tarifautonomie der Sozialpartner‘ entgegen... Stattdessen fordern Gewerkschaften und SPD neue staatliche Konjunktur- und Investitionsprogramme, ohne daß es bisher jemand gewagt hätte, darauf hinzuweisen, daß in den vergangenen zwölf Jahren die jeweils im Anschluß an solche Programme erfolgten Tarifierhebungen und Nebenabsprachen wesentlich mehr Arbeitsplätze vernichtet haben, als diese Programme schaffen konnten.“

Weiter heißt es bei Limmer: „Parlamente und Regierungen haben allerdings das moralische Recht verspielt, regulierend in die Tarifautonomie einzugreifen, weil sie selber laufend per Gesetz leistungsfremde Arbeitskosten - wie Fortzahlung des vollen Lohnes im Krankheitsfall, periodische Vermehrung der bezahlten Feiertage und Urlaubstage, vorgezogene Altersrenten - verordnet haben, die dem Leistungswillen des Einzelnen, der Produktivitätssteigerung und der Arbeitsplatzsicherung nicht gerade förderlich sind. Die Koalition der Mitte hat diese Politik leider fortgesetzt, statt sie zu korrigieren...“

Hans F. Sennholz, Professor der Wirtschaftslehre in Grove City, Pennsylvania, USA, schiebt den Gewerkschaften die Schuld für die Arbeitslosigkeit in die Schuhe. Er schreibt: „Die Grundmethode allen Gewerkschaftswesens ist die Begrenzung des Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt; ihr grundlegender Effekt ist Arbeitslosigkeit... Alle Versuche, die Löhne und Sozialleistungen über das vom Markt bestimmte Niveau anzuheben, schaffen Arbeitslosigkeit und Depressionen, die ihrerseits den Ruf nach noch mehr staatlichen Eingriffen laut werden lassen...“



Dr. Bernd Breunig, Soziologe in Würzburg, meint, daß die Weiterentwicklung unseres Sozialstaates „in einen Teufelskreis der Unbezahlbarkeit“ führt. Er schreibt: „Der Bürger von heute hat es gelernt und ist mündig genug, für sich selbst zu sorgen: Er benötigt die umfassende Betreuung, die ja nicht zuletzt auch eine Bevormundung ist, nicht mehr ... Was wir brauchen, ist ein weniger an Staat, staatlicher Betreuung und Vorsorge.“

Dietrich Bahner, Präsident der Epoche-Stiftung, schreibt unter dem Titel „Freie Gesellschaft statt Gewerkschaftsstaat“ folgendes: „Der DGB bekennt sich weiterhin zu einem Ziel, das ihm das Bundesverfassungsgericht mittlerweile verbaut hat: die Einführung der vollen paritätischen Mitbestimmung nach dem Muster der Montanindustrie in der gesamten Wirtschaft. Die damit angestrebte kalte Sozialisierung bleibt also im Repertoire jener Gewerkschaftsführer, die Lust an der Macht verspüren und mehr davon haben wollen....“

Andre Thomashausen, University of South Afrika in Pretoria, befaßt sich mit der Rolle der Kirchen in Südafrika und „ihren Predigten und Interventionen gegen die Apartheid“. Unter anderem heißt es: „... Für die betroffenen Kirchen spielt auch die Hoffnung eine Rolle, im revolutionären Bündnis an Bedeutung zu gewinnen. Dabei nehmen die Kirchen in Kauf, daß die Konflikte und letztlich auch der Rassenhaß hemmungslos geschürt werden. Die Verfechter dieser Kirchenpolitik werden zwar immer beteuern, sie beabsichtigen nur die Beseitigung der Apartheid, nicht aber auch zugeben, einem allgemeinen Chaos und dann dem gewaltsamen kommunistischen Umsturz den Weg zu bereiten. Die Tatsache ist, daß sie dieses Chaos billigend in Kauf nehmen.“

Herausgeber der in München erscheinenden „Epoche“ ist Karl Ludwig Bayer. Dem Ehrenpräsidium gehörten neben dem Präsidenten Dietrich Bahner Staatsminister a.D. Otto Schedl, Arnold Walterscheid, Hans Weigel und Walter Eckhardt an. Sie bezeichnet sich als „parteiunabhängige freiheitlich-konservative Monatsschrift“, die „zur Bildungsarbeit in der jungen Generation eingesetzt“ wird.

(-/12.12.1985/rs/ks)

+ + +



Die Postablieferung überprüfen

Diesem Bundesbetrieb dürfen nicht höhere öffentliche Abgaben zugemutet werden als anderen Wettbewerbern

Von Rudi Walter MdB
Mitglied des Postverwaltungsrates
Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Die guten Jahresgewinne der Bundespost in den letzten Jahren und - mit Abstrichen - auch der zu erwartende Jahresgewinn 1986 dürfen nicht darüber hinweg täuschen, daß die Vorausschau für die folgenden Jahre erheblich pessimistischer ausfällt. Für die Jahre 1988 und 1989 werden nicht unerhebliche Verluste prognostiziert. Wenn man auch mit Prognosen für mehrere Jahre im voraus vorsichtig umgehen soll, so ist die Tendenz jedoch eindeutig negativ. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zu diesen Gründen gehören unter anderem auch die hohen Investitionen der letzten Jahre, die mit ihren hohen Zins- und Abschreibungsbelastungen die kommenden Jahresergebnisse auf der Kostenseite erheblich belasten, ohne daß entsprechende höhere zusätzliche Einnahmen aus diesen Investitionen heraus als sicher angesehen werden können. Dies gilt vor allem für die Breitbandverkabelung, die auf viele Jahre hinaus ein hoher Verlustträger darstellt und von der man nicht weiß, ob sie sich überhaupt jemals rentieren wird.

Gebührenerhöhung sollten wirklich nur die Ultimo-Ratio sein. Deshalb kommt es auch darauf an, auf der Ausgabe Seite Einsparungsmöglichkeiten zu suchen. Auf eine dieser Möglichkeiten muß ich aufmerksam machen: Auf die Ablieferung der Bundespost an den Bundeshaushalt nämlich. Diese wurde im Zuge der Konsolidierungsanstrengung sozialdemokratischer Finanzminister vor einigen Jahren von sechs zwei Drittel auf zehn Prozent der Posteinnahmen erhöht. Unter dem Gesichtspunkt der Haushaltsanierung war das sicherlich damals leider unumgänglich. Nachdem aber Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg seit geraumer Zeit die verschiedensten Geldgeschenke in Milliardenhöhe verteilen läßt, ist es an der Zeit, auch die Senkung der Postablieferung ernsthaft ins Auge zu fassen, um damit die Ergebnisrechnung der Post für die Zukunft zu verbessern. Die Postablieferung an den Bund ist grundsätzlich gerechtfertigt, weil die Post im Prinzip keine Steuern bezahlt. Auf die Dauer ist es aber nicht gerechtfertigt, der Post höhere öffentliche Abgaben zuzumuten, als anderen Wettbewerbern. Die Post ist ja nicht nur, wie viele meinen, ein Monopolbetrieb. In vielen Bereichen muß sie sich im Wettbewerb behaupten. Höhere Belastungen aus öffentlichen Abgaben sind daher eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der Bundespost.

Nach seriösen Berechnungen würde die Post, hätte sie anstelle der Ablieferung an den Bund normale Steuern zu bezahlen, zwischen 600 und 800 Millionen DM im Jahr sparen und um diesen Betrag ihr Jahresergebnis verbessern können. Ein Postablieferungssatz von rund 8,5 Prozent wäre daher realistisch und wettbewerbsneutral. Bereits in der Haushaltsdebatte habe ich dem Bundespostminister die Unterstützung der Opposition angeboten, wenn er mit dem Ziel einer entsprechenden Gesetzesänderung aktiv würde. Dieses Angebot habe ich in der letzten Sitzung des Postverwaltungsrates erneuert. An dieser Stelle hat jedoch der Bundespostminister solche Aktivitäten wegen Aussichtslosigkeit abgelehnt.

Dabei gäbe es eine gute Möglichkeit, eine solche Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen: In Kürze wird sowieso eine Änderung des Postverwaltungsgesetzes anstehen. Diese Chance sollte daher Bundespostminister nicht ungenutzt verstreichen lassen.

(-/12.12.1985/rs/fr/ks)

+ + +



DOKUMENTATION

Hans Katzer: Soziale Stabilität kann nur mit den Gewerkschaften gesichert werden

Der ehemalige Bundesarbeitsminister für Arbeit und Sozialordnung Hans Katzer (CDU) hielt am Mittwochnachmittag den Festvortrag bei der Auszeichnung von Herbert Wehner mit dem Hans-Böckler-Preis 1985 in Dortmund. Wir dokumentieren die zentralen Aussagen Katzers aus seinem Redemanuskript, in denen er die Bedeutung der Gewerkschaften für den Aufbau der Bundesrepublik würdigt, deren Beitrag für die soziale Stabilität betont und vor einer Veränderung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz warnt.

Im Februar 1947 hatte der Zonenausschuß der britischen Zone der CDU das Ahlener Programm verabschiedet, in dem eine Neuordnung von Grund auf gefordert wurde. In der Präambel heißt es unter anderem: „Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialordnung erhalten, die dem Recht und der Würde der Menschen entspricht ...“.

Die gemeinwirtschaftliche Ordnung wurde von der Gesamtunion nicht aufgenommen, es setzte sich die Marktwirtschaft Ludwig Erhards durch, allerdings in weiterentwickelter Form zu Sozialen Marktwirtschaft. Ahlen war keine Jugendsünde, sondern wichtiger Baustein. Und das machterteilende Prinzip des Ahlener Programms erscheint mir heute so dringlich und aktuell wie damals. Sicherlich, die Aufgaben von heute sind nicht mit den Rezepten von gestern zu lösen. Aber wir sind gut beraten, aus der Geschichte zu lernen, dies heißt auch, im politischen Tageskampf die grundsätzliche Orientierung nicht zu verlieren.

Nach dem Zusammenbruch des menschenverachtenden grausamen und brutalen Nazi-Systems gab es 1945 zwei weit über den Tag hinaus bedeutende Ereignisse. Einmal die Überwindung der konfessionellen Gräben im politischen Bereich, zum anderen die Überwindung von sich bekämpfenden Richtungsgewerkschaften zugunsten von Einheitsgewerkschaften. Auf die weittragende Bedeutung dieses Zusammenschlusses brauche ich in diesem Kreis nicht besonders hinzuweisen. Wilhelm Leuschner vom ADGB, Jakob Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften und Max Habermann vom DHV waren sich schon vor 1933 einig, sich im Interesse einer bestmöglichen Vertretung der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einem gemeinsamen Bund zusammenzuschließen.

Dabei ging es entscheidend um die Frage, ob die Probleme im Kampf oder in Partnerschaft gelöst werden sollen. Den jüngeren Gewerkschaftskollegen mag die Bedeutung dieser weitsichtigen Entscheidung vielleicht nicht mehr so bewußt sein. Dasselbe muß man wohl auch von der Arbeitgeberseite sagen.

Ich kann nur sagen, und hier ist ja Herbert Wehner bedeutsamer Zeitzeuge - ohne die verantwortungsbewußte Mitarbeit der Gewerkschaften wäre der Aufbau von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat bei uns nicht gelungen. Der partnerschaftliche Gedanke hat sich in der Praxis durchgesetzt. Das war und ist für manche oft zu langwierig, aber ich denke, die Gewerkschaften brauchen ihre Erfolge mit der Politik der Tarifpartnerschaft nicht zu verstecken. Wohin wir auch in Europa blicken - ob Frankreich, Italien oder Großbritannien - man wäre froh, wenn es in ihren Ländern vergleichbare Zusammenarbeit gäbe.

Das Zusammenwirken aller der demokratischen Ordnung verpflichteten Kräfte wird auch in Zukunft wichtige Voraussetzung für die Lösung der aktuellen, und vor allem der durch den rasanten technologischen Wandel bedingten neuen Aufgaben bleiben. So werden auch Wachstum, Vollbeschäftigung und soziale Sicherung am besten dauerhaft zu sichern sein. Diese Zusammenarbeit und zwar nicht nur beschränkt auf die Tarifautonomie, wird in Zukunft von noch größerer Bedeutung sein, um dauerhaft den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu sichern.



Wenn wir von Grundlagen, Gefährdungen und Chancen sprechen, dann liegt im Zusammenwirken eindeutig die größte Chance. Vor diesem Hintergrund wirkt die schon peinliche Auseinandersetzung um Paragraph 116 AFG geradezu kleinkariert gefährlich.

Eines der ersten Gesetze, das die Zusammenarbeit zur Grundlage machte, war das Tarifvertragsgesetz von 1950. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes hat der Deutsche Bundestag einen wesentlichen Teil sozialwirtschaftlicher Verantwortung in die Hände der Tarifvertragsparteien gelegt. Man muß nicht mit allem einverstanden sein, wie die Tarifvertragsparteien Ihre Verantwortung wahrgenommen haben und wahrnehmen. Die martialischen Wortgefechte - beider Seiten - sind nicht jedermanns Sache. Ich denke nur an den letzten Tarifstreit in der Metallindustrie. Nach den Äußerungen der Arbeitgeberverbände war schon die geringste Arbeitszeitverkürzung der Ruin der Wirtschaft. Wenn man dann nach langem Streik hört, daß alles noch gut gegangen sei und der Präsident der Bundesbank Ende 1984 öffentlich feststellt, daß der wirtschaftliche Aufschwung nicht zuletzt dank der vernünftigen Tarifabschlüsse günstig verlaufe, dann beschleicht den Nichtbeteiligten, aber wach interessierten Zuschauer gelinde gesagt Erstaunen.

Aber alles in allem kann niemand ernsthaft bestreiten, daß die Tarifvertragsparteien ihrer Verantwortung gerecht geworden sind. Auch hier genügt ein Blick zu unseren Freunden in Europa. Jede Regierung ist gut beraten, die mit den Tarifvertragsparteien in einem ständigen engen Gedankenaustausch steht. In welcher Form auch immer. Je enger der Gedankenaustausch, um so geringer auch die Gefahr, daß öffentliche Erklärungen als Einmischung in die Tarifautonomie verstanden werden - was übrigens sowohl von den Arbeitgeberverbänden als auch von den Gewerkschaften mit großer Entschiedenheit zurückgewiesen wird. Wie ich meine zu Recht. Deshalb sind Vorschläge, wie sie von der FDP im Frühjahr dieses Jahres gemacht wurden, nicht nur überflüssig, sondern schädlich. Wer unter dem Stichwort „Abbau von Arbeitslosigkeit“ Tarifverträge nach unten durchlässig machen will, der höhlt die Tarifautonomie aus. Denn Tarifverträge regeln bekanntlich Mindestbedingungen. Wer so die Tarifautonomie unterlaufen will, muß wissen, daß er mit dem Feuer spielt.

Eine Neubelebung des Klassendenkens - diesmal von oben - ist das letzte was wir brauchen. Das Argument, die Löhne sind zu hoch, mag sich vor allem für die Klientel der FDP gut anhören, aber bei genauem Vergleich, insbesondere mit den europäischen Nachbarn und den beachtlichen Erfolgen in der Exportwirtschaft, ist dieses Argument wenig überzeugend. Der Lohn ist bekanntlich nur ein Teil der Arbeitskosten. Und selbst von den Lohnnebenkosten sind rund 35 Prozent durch den Gesetzgeber festgelegt - rund 44 Prozent sind von den Tarifvertragsparteien vereinbart.

Darüber hinaus wird in Haustarifen zum Teil weit über diese Beiträge Lohn und Gehalt bezahlt. Im übrigen muß der FDP-Wirtschaftsminister wissen, daß er mit seiner Durchlässigkeitskampagne Gespräche mit den Tarifvertragsparteien nicht erleichtert, sondern erschwert.

Andererseits weiß jeder, der die innergewerkschaftliche Situation auch nur einigermaßen kennt, daß es in den Gewerkschaften mit Millionen von Mitgliedern natürlich nicht wenige gibt, die der Tarifpartnerschaft von Haus aus nicht gerade wohlwollend gegenüber stehen. Für viele von ihnen ist die Lösung sozialer Konflikte durch Kampf immer noch der beste Weg. Diese Kräfte bekommen Auftrieb durch eine Diskussion, die klassenkämpferische Impulse freisetzt. (-/12.12.1985/rs/ks)

+ + +